



## Die Strompreislüge: Hysterie um EEG-Umlage

Die Strompreislüge: Hysterie um EEG-Umlage  
Hitzige Debatte um EEG-Umlage vernachlässigt die Fakten  
Berlin, 15.10.2012: Die Übertragungsnetzbetreiber haben heute die Höhe der Umlage für Ökostrom nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) mit 5,277ct/kWh für das Jahr 2013 bekannt gegeben. Im Zug der aufgeheizten Debatte mahnt der WWF erneut zu einer Versachlichung. "Die öffentliche Diskussion um die Strompreise und den Ausbau der erneuerbare Energien ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Mit der sehr unsachlichen geführten Debatte soll die Energiewende ausgebremst werden," sagte Regine Günther, Leiterin Klima und Energiepolitik von WWF Deutschland. "Nur ein Drittel der Strompreissteigerungen seit dem Jahr 2000 gehen auf die Förderung der erneuerbaren Energien zurück", sagte Günther. Deutlich stärker fallen die gestiegenen Kosten für konventionelle Stromerzeugung, Vertrieb und Margen der Energieversorger ins Gewicht. Durch überdimensionierte Ausnahmeregelungen für energieintensive Betriebe wurde dafür gesorgt, dass diese doppelt profitieren: Die privilegierten Unternehmen sind für 18 Prozent des Stromverbrauchs verantwortlich, müssen aber nur 0,3 Prozent der EEG Umlage zahlen, das heißt von insgesamt 13,5 Mrd. EUR nur 37 Mio. EUR. Darüber hinaus profitieren sie vom preissenkenden Effekt der Erneuerbaren an der Börse. Ohne diese beiden Sondereffekte wäre die EEG-Umlage um weit über einen Cent niedriger. Die Kostenbefreiungen laden die Industrie regelrecht zur Stromverschwendung ein. Insbesondere jene Unternehmen, die offensichtlich nicht im internationalen Wettbewerb stehen, sollten nicht in den Genuss von Ausnahmen kommen können. "Nach einer repräsentativen Umfrage von Oktober 2012 im Auftrag des WWF unterstützen 74 Prozent der Deutschen die Energiewende. Dies sollte nicht verspielt werden. Statt billiger Meinungsmache sollten wir vor allem auf die Fakten schauen. Das Erneuerbare Energien Gesetz hat für den Ausbau der Erneuerbaren großartiges geleistet. Perspektivisch muss aber über eine Modernisierung und nicht über Abriss des EEG nachgedacht werden. Das aktuell immer wieder ins Spiel gebrachte Quotenmodell führt dabei aber sehr sicher in die Irre. Es löst keine Probleme," so Günther. Die größten Mythen zur Energiewende hat der WWF in einer Kurzstudie zusammengetragen: [www.wwf.de/mythen-fakten-energie](http://www.wwf.de/mythen-fakten-energie)  
Sylvia Ratzlaff  
Pressesprecherin  
Spokesperson  
WWF Deutschland  
Reinhardtstr. 14  
10117 Berlin  
Tel.: +49 30 311 777 - 467  
Mobil: 0151 188 54 846  
Fax.: +49 30 311 777 - 622  
mailto:sylvia.ratzlaff@wwf.de  
[http://www.twitter.com/wwf\\_deutschland](http://www.twitter.com/wwf_deutschland)  
Besuchen Sie unsere Website: <http://www.wwf.de>  
Fragen Sie unsere Experten: <http://dialog.wwf.de>  
Werden Sie Fan: <http://www.facebook.com/wwfde>

### Pressekontakt

WWF - World Wide Fund For Nature

60326 Frankfurt

### Firmenkontakt

WWF - World Wide Fund For Nature

60326 Frankfurt

Der World Wide Fund for Nature (WWF) ist eine der größten unabhängigen Naturschutzorganisationen der Welt und konzentriert seine Arbeit auf drei Großlebensräume: Meere & Küsten, Binnenland-Feuchtgebiete und Wälder. Er wurde 1961 (damals als World Wildlife Fund) in der Schweiz gegründet und verfügt über ein globales Netzwerk von 26 nationalen und fünf assoziierten Organisationen sowie 22 Programmbüros. Weltweit unterstützen ihn rund fünf Millionen Förderer. Der WWF handelt im Auftrag der Natur nach dem Prinzip Naturschutz für und mit Menschen. Die Umweltstiftung WWF Deutschland wurde 1963 als gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Stiftung gegründet. Naturschutz war damals für viele noch ein Fremdwort. Heute ist die Umweltstiftung mit 284.000 Förderern (Stand 2004) eine der größten privaten Non-Profit-Organisationen des Landes. Die meisten Projekte des WWF Deutschland seit 1963 waren es über 2.100 sind erfolgreich verlaufen. Im Jahr 2004 war der WWF Deutschland in 48 internationalen und 30 nationalen Naturschutzprojekten aktiv von der Bewahrung der Tropenwälder in Indonesien und Zentralafrika über den Schutz der mittleren Elbe bis zur politischen Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel. 19,3 Millionen Euro flossen 2004 in die Naturschutzarbeit.